Bezugspreis für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 2.00 Mark, vierteljährlich 6.00 Mark, durch die Post 6.00 Mark ausschl. Zustellungsgebühr. Einzelnummer 15 Pf. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtl. Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernr. der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abtlg. Nr. 1142 u. 1418, der Bezugs-Abtlg. Nr. 1133; Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4609.

Abend-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Dreiundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigen werden d. 8gespalt. 34mm br. Millimeterzeile oder deren Raum mit 20 Pf. berechnet u. in unseren Annahmestellen u. allen Anzeigengeschäften angenommen. Reklamen die 92 mm br. Millimeterzeile 60 Pf. Anzeigen-Annahmeschluß vorm. 11 Uhr, für die Sonntags-Nr. abds. 4 Uhr. Abbestellungen, soweit zulässig, müssen schriftlich erfolgen. Erfüllungsort: Halle. Erscheint tägl. 2 mal, Sonntags 1 mal. Schriftleit. u. Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Gr. Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstell.: Markt 24 und Große Ulrichstr. 52.

Nr. 344. Halle, Freitag, den 25. Juli. **1919.**

Vor Sturmszenen in Weimar.

Hochspannung in der Nationalversammlung.

Weimar, 25. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) **In der Nationalversammlung herrscht Hochspannung. Die heutige Sitzung soll dramatische Effekte von bisher unerhörter Höhe bringen. Als vierter Redner dürfte der deutschnationale Abgeordnete v. Graefe an die Reihe kommen, von dem man den Angriff auf Erzberger erwartet. Es bleibt demnach fraglich, ob Erzberger noch vor der Mittagspause oder erst nach der Mittagspause sprechen wird. Das Hauptstück aus dem Erzbergerschen Material, der durch Vermittlung des Vatikans ausgestreckte Friedensfühler vom Juli 1917, ist ja inzwischen bekannt geworden. Von informierter Stelle wird jedoch die Darstellung seitens der autoritativen Stelle der Obersten Heeresleitung als unrichtig bezeichnet. Die unglaubliche Antwort, die der damalige Reichskanzler Dr. Michaelis gegeben hat, soll gerade auf Betreiben der Obersten Heeresleitung und im Einvernehmen mit Herrn Helfferich gegeben sein. Die Oberste Heeresleitung hat sich damals der völligen Freigabe Belgiens widersetzt und die „berühmten" Garantien wirtschaftlicher und militärischer Natur seitens Belgiens verlangt. Mit diesen Garantien ist man auch noch Monate später dem Reichskanzler Grafen Hertling in den Arm gefallen. Auch Graf Hertling durfte nur unter der Voraussetzung der Gewährung von wirtschaftlichen und militärischen Garantien über die Freigabe Belgiens vor dem Reichstag sprechen. Das Haus ist heute sehr gut besucht und der Andrang zu den Tribünenplätzen ist ungeheuer groß. Die Abgeordneten können sich der nach Karten Verlangenden gar nicht mehr erwehren. Sämtliche Plätze sind seit gestern abend vergeben. Es verlautet, daß die Deutschnationale Volkspartei durch die Einbringung eines Mißtrauensvotums gegen die Regierung demonstrieren wird.**

Deutsche Nationalversammlung.

WTB. **Weimar**, 25. Juli. 66. Sitzung. Am Regierungstisch: Dr. David, Müller, Roske, Erzberger, Naumann.

Präsident **Fehrenbach** eröffnet die Sitzung 10 Uhr 25 Min. Die Sitzung beginnt mit der Beratung einer

großen Anzahl kleiner Anfragen.

Abg. **Hermann**-Württemberg (Dem.): fragt nach dem Gesamtplan über die zukünftige Textilforschung, dessen Vorlage der Nationalversammlung am 29. März in naher Zeit in Aussicht gestellt sei.

Geheimrat Dr. **Bachem**: Der Plan wird in allernächster Zeit vorgelegt.

Abg. **Nitzschke** (Dem.) stellt fest, daß im Freistaat Sachsen gesetzlich festgelegt wurde, daß das Kohlenunterirdische ohne jede Entschädigung enteignet werden soll.

Abg. **Gebhardt** (b. keiner Fraktion) rügt, daß teilweise Gemeinden der Pfalz hohe Auslagen infolge der feindlichen Besatzung bisher nicht zurückerhalten haben.

Geheimrat Freiherr von **Welser** antwortet, daß die Forderungen an Speyer angemeldet werden müßten. Das Reichsfinanzministerium habe ausreichende Mittel zur Verfügung gestellt.

Abg. **Gebhardt** macht ferner darauf aufmerksam, daß die französischen Besatzungsbehörden in der Pfalz

ein Zehntel der Heuernte und 7 Prozent der linksrheinischen Haferernte

für die Besatzungstruppen beschlagnahmen wollen.

Geheimrat Dr. **Beyerlein** erklärt, daß die Regierung für die Unterstützung der Pfalz aus den linksrheinischen Heuüberschußgebieten sorgen würde und den beschlagnahmten Hafer auf die Ablieferungsverpflichtungen in Anrechnung bringen würde.

Abg. Dr. **Kas** (Ztr.) macht in einer Anfrage aufmerksam auf eine in ihrer Wirkung gegen die

vertriebenen Elsaß-Lothringer

gerichtete Verordnung des badischen Bezirksamtes in Freiburg, verweist ferner auf die zahlreichen stellungslosen ausgewiesenen Beamten und Lehrer und die Härten für die Ausgewiesenen infolge der Liquidations-Bestimmungen im Friedensvertrag.

Geheimrat Freiherr von **Welser** verweist auf die Beantwortung einer ähnlichen Frage des Abg. Biener.

Präsident **Fehrenbach**: **Der Aeltesten-Ausschuß hat folgenden Arbeitsplan entworfen:**

Es soll versucht werden, heute und morgen

in Vormittags- und Nachmittags-Sitzungen

die politische Aussprache zu Ende zu führen. Gelingt dies, dann soll für Montag die Beamteninterpellation zur Beratung gestellt werden. Für den Dienstag und die folgenden Tage ist in Vormittags- und Nachmittagssitzungen die dritte Lesung der Verfassung in Aussicht genommen. Dann soll etwa vom 1.—5. August für das Plenum

eine kleine Pause

eintreten. Vom 5. Aug. an würden dann in erster Lesung die großen Steuervorlagen zur Beratung kommen. Dann werden wir versuchen, die in der Zwischenzeit verhandlungsreif gewordenen kleineren Steuervorlagen zu erledigen. Dann würden wir für das Plenum eine Ferienpause von etwa einem Monat und für die Steuerausschüsse eine kleine Pause von etwa drei Tagen eintreten lassen. Nach der kleinen Pause würden wir Ihnen etwa gegen Mitte August den

Umzug der Steuerkommissionen nach Berlin

vorschlagen. Die Ausschüsse wollen aber nach ihrer kurzen achttägigen Pause in Berlin ihre Arbeiten fortsetzen und das Plenum soll etwa vom 15. September ab in Berlin tagen. Ich nehme an, daß bis dahin die Steuervorlagen in den Ausschüssen vorberaten sind. In der Zwischenzeit wird auch der Etat zur Vorlegung kommen, und es würde das eine Arbeitszeit bis in den Oktober hinein bedeuten.

Abg. Schulz-Bromberg (D. N.): Ich bitte eine Entscheidung darüber, ob wir nicht bis zur großen Herbstpause in Weimar bleiben wollen, im Plenum herbeizuführen.

Präsident **Fehrenbach**: Die Vorliebe des Herrn Abg. Schulz für Weimar teile ich auch. Unser Reichstagsgebäude ist jetzt wieder im Stande, der Umzug des Büros von Weimar nach Berlin kann sich im Verlauf des Monats August ganz ruhig vollziehen.

Abg. Schiffer (Dem.): Meine Fraktion legt Wert darauf, erklären zu lassen, daß wir

so schnell wie möglich wieder nach Berlin

zurückkehren wollen.

Hierauf wird in der Besprechung der

Erklärung der Reichsregierung

fortgefahren.

Abg. Dr. **Brauns** (Ztr.): Zentrum und Sozialdemokratie haben eine Koalition nicht von langer Hand vorbereitet. Plötzlich in denkbar schwerster Stunde des Vaterlandes und ohne Zutun entstand sie aus Pflichtgefühl gegenüber dem damals so hart geprüften Volk und Vaterland (Sehr richtig im Zentrum.) Eine andere Koalition war aussichtslos. Sie trat zusammen, weil das Reich sonst vor der Anarchie stand. Die grundsätzlichen Unterschiede und ihre eigene politische Ueberzeugung wollen beide Parteien behalten. Ausgetragen kann der Streit um die Friedensfrage erst bei den Reichstagswahlen werden. Die

Notlage des Vaterlandes

erzwang ein Kompromiß, diese politische Arbeit kann neu gestalten, ohne unveräußerliche Werte zu verlieren. Ohne die Sozialdemokratie ist jedenfalls keine Regierung heute denkbar. Das Zentrum glaubte sich der Verantwortung für die Unterzeichnung des Friedens nicht entziehen zu können. In der entscheidenden Fraktionssitzung stimmten nur 7 Mitglieder gegen die Ratifikation. Die Gründe sind einfach: Die Ablehnung würde den Krieg, die Anarchie, den wilden Streik und den Bürgerkrieg gebracht haben. Auch die Rechte konnte die Entwickelung nicht hindern. Ihr Nein war

ein Nein des Affektes

(stürmischer Widerspruch rechts, langanhaltende Bewegung und durcheinander wogende Zurufe, die sich wiederholen, als der Redner fortfährt), war ein Nein des Affektes und nicht der aufbauenden Tat. Die offizielle Rednerin auf dem Deutschnationalen Parteitag hat es fertig gebracht, hier von einer moralischen Ohrfeige zu sprechen. Wir brauchen keine Bestätigung unserer nationalen Gesinnung. (Sehr richtig! im Zentrum.) Wir wußten genau, was sonst noch kam. (Widerspruch rechts, große Unruhe, Zurufe im Zentrum und links: Geschichtsfälschung.)

Die Wiener Mission Erzbergers.

Wien, 25. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Zu den Mitteilungen des früheren deutschen Botschafters in Wien Grafen Wedel in den Homburger Nachrichten über die vielerörterte Mitte Mission Erzbergers im Jahre 1917 veröffentlicht, daß der Immediatbericht des damaligen österreichisch-ungarischen Ministers des Auswärtigen Grafen Czernin an den Kaiser Karl der in der Hauptsache für das deutsche Hauptquartier bestimmt war und ein äußerst pessimistisches Bild über die Lage in Oesterreich entwarf, in vier Exemplaren vorhanden war. Ein Exemplar wurde der österreichisch-ungarischen Botschaft in Berlin übersandt, ein zweites, das für Kaiser Wilhelm, die deutsche Oberste Heeresleitung und Bethmann-Hollweg bestimmt war, überreichte der Flügeladjutant des Kaisers Karl in Homburg. Das dritte Exemplar blieb im Besitz des Grafen Czernin, während das vierte Exemplar Kaiser Karl erhielt. Bald darauf wurde entdeckt, daß in Paris der Inhalt des Immediatberichts bekannt geworden war. Es wurde nun sofort eine strenge Untersuchung eingeleitet, wobei sich herausstellte, daß nachweislich alle Exemplare des Immediatberichts in den Händen ihrer rechtmäßigen Besitzer waren. Nur das Exemplar Kaiser Karls war für einige Tage verschwunden, und dieses Exemplar hatte Erzberger offenbar zu Gesicht bekommen und daraus das Thema für seine aufsehenerregende vertrauliche Rede in Frankfurt a. M. geschöpft. Erzberger war wiederholt in Wien und hatte immer versucht, bei Kaiser Karl vorgelassen zu werden, was Czernin immer wieder verhinderte. Als den Zweck seiner Rede stellte Erzberger hin, daß er die Stimmung in Wien heben wolle, hier aber behaupten die gut Unterrichteten, daß er nur Stoff gemacht habe.

Deutsches Elend im besetzten Gebiet.

In dem von unseren Feinden unbesetzten Gebieten weiß man immer noch nicht das Elend recht zu würdigen, in dem sich unsere deutschen Brüder jenseits des Rheins befinden. Die drakonischen Strafen, die von den Vertretern der gegnerischen Mächte verhängt werden, das brutale Auftreten der feindlichen Machthaber, das weder Recht, Gesetz noch Gesittung kennt; die planmäßige Unterdrückung deutscher Art, die öffentliche Verhöhnung deutscher Gesetze und Verordnungen, die auch dort immer noch zu Recht bestehen — alles das bleibt für uns, weit ab vom Rhein, zumeist unbekannt. Und wir sind infolgedessen auch gar nicht in der Lage, Stimmungen und Vorgänge jenseits des Rheins einigermaßen gerecht zu beurteilen.

Nachstehend eine kleine Blütenlese aus Köln und dem weiteren besetzten Gebiete, die dem Schreiber dieser Zeilen von einem der Betroffenen, einem führenden Manne der Großindustrie, selbst erzählt wurden:

Köln mit seinen etwa 700 000 Einwohnern hat eine feindliche Einquartierungslast bis zu 90 000 Mann zu tragen. Die rheinische Metropole war nie so international als heute. Naturgemäß ist durch diese riesige Einquartierung eine große Wohnungsnot entstanden Kirchen und Schulen sind belegt, der Schulunterricht kann nicht regelrecht abgehalten werden. Darüber hinaus ereignen sich fast täglich schamlose Uebergriffe englischer Offiziere. In der Villa eines bekannten Industriellen hausen die Briten, die fast sämtliche Räume für sich beanspruchten. Das geschieht nicht etwa in verbindlicher Form. Mit militärischer Kürze wird dekretiert, daß von sämtlichen Zimmern nur 2—3 dem Hausbesitzer übrig bleiben und daß er mit seiner Familie, damit die höhere Menschheitsklasse der Briten nicht mit den tiefer stehenden Deutschen in Berührung kommt, nur die auf den Hof führende Diener- und Lieferantentreppe zu benutzen habe.

In einem anderen Falle wurde ebenso knapp bestimmt, daß der Hausbesitzer mit seiner Familie die eigene Küche nur zwischen 11 und 12½ Uhr zu benutzen habe. In der übrigen Tageszeit müßte die Küche für die Tommys reserviert bleiben.

Wieder in einem anderen Falle — hier handelt es sich um einen Mann mit Weltruf — wurde der Wohnungsinhaber in seinem eigenen Hause auf die Kellerräume verwiesen, während alle übriger Räumlichkeiten von den Briten benutzt werden.

*

Das Kölner Stadttheater faßt 1795 Plätze. Auf Grund eines britischen Befehls müssen ständig 1500 für die englische Besatzung reserviert bleiben. Der kümmerliche Rest von 295 Plätzen bleibt den Deutschen vorbehalten! Das Bedürfnis nach Kunst ist bei den Engländern aber durchaus nicht so groß, daß sie nun alle Plätze benutzen werden. Sie haben einfach frei zu bleiben! Der Deutsche mag sehen, wo er bleibt!

*

Selbst beim gewöhnlichen Passieren der Straßen sind militärische Ausweise erforderlich. Eine ganze Hochzeitsgesellschaft, die mit Papieren nicht genügend ausgerüstet war, beging dadurch ihr Familienfest beim — Putzen von Automobilen! Eine Dame, die ohne Papiere nur über die Straße zum nächsten Briefkasten lief, durfte dafür gleichfalls die Freuden von Putzarbeiten kennen lernen.

*

Wo die englische Flagge auf der Straße gezeigt wird, muß sie von den Deutschen gegrüßt werden. Englische Sergeanten gehen in der Regel neben vorbeimarschierenden Truppen und stoßen jedem Deutschen mit dünnen Rohrstöckchen den Hut vom Kopfe, wenn er es nicht vorzieht, rechtzeitig zu verschwinden oder wenn er sich nicht erniedrigt und die Fahne der Macht devot grüßt, die über uns die Hungerblockade verhängte und den Tod von 900 000 unschuldigen Männern, Frauen und Kindern verursachte.

Erklingt die englische Nationalhymne, ist der Kopf des Deutschen gleichfalls zu entblößen.

Umgekehrt ist das Zeigen der deutschen Fahne, insbesondere auf dem Rhein, der ehedem immerhin nicht Deutschlands Grenze war, sondern der da „deutsch wie unsere Brust" bleiben sollte, streng verboten.

Das alles auch noch nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages durch das wehrlose Deutschland!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19190725031/fragment/page=0001

In einem Kölner Restaurant sitzt ein Herr der Kölner Gesellschaft mit seiner Gattin. Ein englischer Offizier nimmt an dem gleichen Tisch Platz. Sie kommen in ein Gespräch, in dessen Verlauf der Engländer sich darüber beklagt, daß es zu wenig Urlaub gäbe. Scherzend erwidert der Kölner: Deutsche von heute würden auch ohne Urlaub fahren. Der englische Offizier spielte äußerlich den liebenswürdigen Kavalier und begleitet das Kölner Ehepaar nach der Behausung. Am nächsten Tage aber erfolgt die Verhaftung des Kölners durch britische Gentlemen. Nach kürzester Frist erfolgt sogar die Verurteilung zu einer längeren Freiheitsstrafe! Weshalb? Wegen Verbreitung bolschewistischer Ideen!

*

In den Restaurants dieser deutschen Stadt, die doch auch nach dem Friedensvertrag deutsch bleiben soll, ist an englische Soldaten ein Höchstpreis für Wein von 4 Mk. vorgeschrieben. Der Deutsche kann und darf die Erzeugnisse deutschen Bodens höher, d. h. nach ihrem wirklichen Werte bezahlen!

Die Erhebung der deutschen Weinsteuer ist bei englischen Gästen verboten!

Ist das nicht ein Eingriff in die deutsche Steuerhoheit? Welche Vorschriften werden wir zu erwarten haben, wenn die 26 Ententekommissionen ins Land rücken!

*

Die Tochter des Kölner Justitiars Pf. verlobt sich mit einem Engländer. Die Eheschließung soll stattfinden. Der britische Bräutigam erscheint nicht, aber an seiner Stelle trifft ein Brief ein, der besagt: Er hätte eine Wette mit englischen Kameraden abgeschlossen, daß er sich in einer bestimmten Frist mit einem deutschen Mädchen der Gesellschaft verloben könne. Die Wette sei gewonnen und das Spiel für ihn damit aus!

Die Mutter des unglücklichen Mädchens starb zwei Tage darauf an Kummer und Gram!

*

Ein Kaufmann sucht beim deutschen Reichskommissar für die Ein- und Ausfuhr die Genehmigung zur Einfuhr von ausländischen Lebensmitteln nach. Der deutsche Reichskommissar genehmigt die Einfuhr nicht und ordnet an, daß die Reichsbank auch keine ausländischen Devisen verabfolgt. Die englische Behörde gestattet dagegen die Einfuhr und fertigt gleichzeitig ein Schreiben aus, nach dem der Vorzeiger bei der Einfuhr nicht wegen Zuwiderhandlung gegen deutsche Verordnungen zu belangen ist.

*

Ein Krefelder Kaufmann hat wegen der Kriegsgewinnsteuer einen Prozeß mit dem Steuerfiskus anhängig. Nach deutschen Gesetzen muß eine Steuer bekanntlich auch während der Zeit prozessualer Streitigkeiten entrichtet werden. Die britische Behörde verbietet ihm die Zahlung. Was soll er tun? Dem Steuerfiskus seiner Heimat gehorsam sein oder der britischen Obrigkeit, die Gewalt über ihn hat?

*

Solche Vorfälle ließen sich beliebig vermehren. Sie sind in kürzester Unterhaltung aufgezählt.

Ist der Regierung das Auftreten der Briten nicht bekannt? Und was gedenkt sie dagegen zu tun?

Der Friedensvertrag ist unterzeichnet und von Deutschland bereits ratifiziert. Die Engländer sind formell keine Feinde mehr und Köln ist für die Briten auch keine feindliche Stadt. Darum darf Deutschland erwarten, daß sich die ehemaligen Gegner in den vorübergehend besetzten Gebieten so aufführen, wie es ein immer noch freies Volk erwarten darf. Und wenn den Briten diese Pflicht nicht von selbst einleuchtet, hat die Regierung alle Ursache, dafür zu sorgen, daß den britischen Gewalthabern auch in Köln diese Pflicht in die Erinnerung zurückgerufen wird!

Carl Helms.

Die Vertrauensfrage für Erzberger.

Erzbergers Enthüllungen.

In der gestrigen Sitzung des Reichskabinetts wurden nach dem „B. T." eingehend die Angriffe Dr. Helfferichs und des Grafen Wedel gegen den Reichsminister Erzberger besprochen. Es ist möglich, daß das Kabinett, da Herr Erzberger Vizepräsident des Ministeriums ist, am Schluß der großen politischen Debatte in der Nationalversammlung

die Vertrauensfrage stellen

wird. Erzberger stellte bereits in der letzten Fraktionssitzung des Zentrums die Vertrauensfrage. Seine Partei sprach ihm darauf hin das Vertrauen aus. In seiner morgigen Rede wird Erzberger unter anderem darauf hinweisen, daß die Vorgänge, auf die Graf Wedel anspielte, bereits im April 1917 stattgefunden haben, so daß also die Indiskretion über die Friedensanregung Czernins und die Kriegsmüdigkeit Oesterreichs ohne Einfluß auf das Verhalten Englands nach seiner Vorträge über Belgien gewesen ist, da diese erst im August 1917 an Deutschland gerichtet und dann von der Reichsregierung abweichend beantwortet wurde. Ferner wird Erzberger in seiner Polemik mit dem Grafen Wedel darauf aufmerksam machen, daß der Graf als deutscher Botschafter in Wien dem beginnenden Abfall Bulgarien in einer Depesche an das Auswärtige Amt als politisch bedeutungslos hingestellt habe.

Wie das „B. T." hört, werden die

Dokumente aus der Kriegszeit,

die der Minister Erzberger in der morgigen großen politischen Debatte der Nationalversammlung vorbringen will, sich auf folgende Vorgänge aus dem Jahre 1917 beziehen: Nach der Annahme der Friedensentschließung im Reichstag richtete die englische Regierung über den Vatikan eine ernste Vorträge über Belgien an Deutschland zur Anbahnung von Friedensverhandlungen. Die Anfrage wurde dann über den Münchener Nuntius der Reichsregierung übermittelt, an deren Spitze damals Dr. Georg Michaelis stand. Die deutsche Regierung behandelte damals die Sache dilatorisch, und die schriftliche Antwort, die Dr. Michaelis schließlich den Engländern gab, war in der Form zwar entgegenkommend, enthielt aber im Grunde genommen nur Phrasen und lief auf die Erklärung hinaus, daß Deutschland zurzeit keine Veranlassung habe, der belgischen Frage näher zu treten. Später kam dann sein Nachfolger, Graf Hertling — dem Außenstehenden ganz unvermutet —, in einer Reichstagsrede auf die belgische Frage in entgegenkommenden Sinne zurück. Da aber war es schon zu spät, und die Engländer reagierten nicht mehr darauf.

Der „Vorwärts" und die schwarz-weiß-roten Fahnen.

Der neueste „Vorwärts" stimmt ein weiteres Klagelied an:

„Heute vormittag zog eine Truppenabteilung, mit Lanzenreitern und Offizieren mit gezücktem Säbel vorm, einem Batteriefeldgeschütz, Feldküche, zahlreichen wehenden schwarz-weiß-roten Fahnen durch die Wilhelmstraße an den Amtsgebäuden der Reichsbehörden vorüber. Um diesem Aufzug die Krone aufzusetzen, wurde dabei die „Wacht am Rhein" gespielt. Es handelt sich vermutlich um dieselbe „Eiserne Eskadron", die gestern unter den Klängen des „Heil dir im Siegerkranz" im Bismarck-Denkmal vorbeidefilierte. Was sagen eigentlich die maßgebenden Regierungsstellen zu diesen eisenstirnigen Provokationen?"

Im Anschluß hieran schreibt der „Vorwärts" unter der Ueberschrift: „Bedenkliche Vorgänge in der Garde-Kavallerie-Schützen-Division":

„Die Provokation der „Eisernen Eskadron" und ihres Rittmeisters Graf v. Bassewitz veranlaßt uns, auf folgenden Vorgang zurückzukommen: Bereits am 22. Juli erhielt unsere Redaktion eine Warnung von Plänen dunkelster Art, die in der Gardekavallerie-Schützendivision gegen die Regierung ausgeheckt würden. Uns wurde ausdrücklich gesagt, daß bei diesen Plänen auch der Einzug der „Eisernen Eskadron", die übrigens nicht eine einzelne Eskadron ist, sondern mehrere Eskadronen und Maschinengewehrzüge umfaßt, in Berlin eine Rolle spiele. Diese Eskadron werde als zuverlässigste Stütze für reaktionäre Machenschaften angesehen."

Weiter wurde folgendes berichtet: Die Zeitfreiwilligen der Garde-Kavallerie-Schützendivision, fast alles Leute von ausgeprägt konservativer Gesinnung, sind am Sonnabend und Sonntag wegen zu erwartender Putsche für den 21. Juli einberufen worden. Obwohl nun der 21. Juli ohne ernsthafte Zusammenstöße vorübergegangen ist, werden die Einberufungen noch jetzt eifrig fortgesetzt.

Unter den Offizieren der Garde-Kavallerie-Schützendivision finden fortwährend streng geheime Besprechungen statt, von denen alle ferngehalten werden, die nicht als ganz „zuverlässig" erscheinen. Die Mannschaften werden systematisch gegen die Regierung aufgehetzt. Es wird ihnen vorerzählt, die Regierung werde sie demnächst bei der gemäß Friedensvertrag erfolgenden Verminderung der Truppenstärke brot- und existenzlos auf die Straße setzen. Dabei wird angedeutet, daß vielleicht eine andere Regierung besser für sie sorgen würde. Bei einem Vortrag sind auch die Worte gefallen, es sei ja klar, daß es mit dieser Regierung auf die Dauer nicht ginge. Die Stelle, die damals diese Mitteilungen an uns gelangen ließ, zog aus diesen Anzeichen sowie verschiedenen anderen die Folgerung, daß in der Garde-Kavallerie-Schützendivision etwas im Gange ist, was strengster Kontrolle bedürfe."

Ultimatum der Kalibergarbeiter.

Eine am 24. Juli in Hannover tagende Delegiertenkonferenz der Kalibergarbeiter Deutschlands, die von Vertretern aus dem Ruhrgebiet, vom Bezirksbergarbeiterrat Halle a. S., vom Verbandsvorstand der Bergarbeiter sowie von Vertretern von 62 Kaliwerken besucht war, nahm einen stürmischen Verlauf. Es wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen: Die Delegierten von 62 Werken des Kalibergbaues, die am 20. Juli 1919 in Hannover versammelt sind, fordern: 1. Einführung der Siebenstundenschicht unter Tage, einschließlich Seilfahrt, Achtstundenschicht über Tage, einschließlich Pause, bei allen Kaliwerken; 2. sofortige Erledigung des Tarifs mit Rückwirkung ab 1. Juli dieses Jahres; 3. achttägige Lohnzahlung; 4. sofortige Einführung der Betriebsräte, spätestens bis 15. August; 5. Urlaubsregelung, und zwar bei einjähriger Dienstzeit vier Tage, für jedes weitere Jahr ein Tag mehr bis zur Höchstgrenze von 14 Tagen gegen Bezahlung.

Sind die Forderungen bis 30. Juli nicht erfüllt, werden die Kalibergarbeiter Deutschlands am 1. August in den Generalstreik bis zur Erfüllung dieser Forderungen eintreten. Abschriften dieser Entschließung sind allen Arbeiterausschüssen zugegangen, ferner den Regierungsstellen, sowie dem Verein der Kali-Interessenten.

Die Schlinge um unsern Hals.

Die „Daily Mail" meldet aus Paris, daß die Alliierten das Recht der militärischen Intervention in Deutschland und Oesterreich auch nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages für sich in Anspruch nehmen.

Anschluß mitteldeutscher Staaten an Preußen.

Nach der „Disch. Allg. Ztg" hat Lloyd George in einer Rede am Montag die gesamten Kriegskosten der Verbündeten auf 30 Milliarden Pfund Sterling geschätzt.

Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund am 1. Oktober?

Aus dem Bericht des Deputierten Renard in der letzten Sitzung des Friedensausschusses in der Pariser Kammer geht hervor, daß Deutschland am 1. Oktober d. J. zum Völkerbund zugelassen werden soll. Es heißt nämlich in dem Bericht, es sei beschlossen worden, daß Deutschland zu der Washingtoner Sitzung der internationalen Arbeiterkonferenz, die am 1. Oktober d. J. stattfindet, und zum internationalen Arbeiterbureau seine Vertreter entsenden „dürfe."

Von dem Berichterstatter wurde anfangs der Zugang Deutschlands zur Gesellschaft der Nationen bekämpft. Ueber diesen Punkt hat die Friedenskommission beschlossen, noch die Minister des Auswärtigen und den Arbeitsminister zu hören. Sodann hat man unter diesem Vorbehalt den Bericht Renards angenommen.

81 englische Kriegsschiffe im Bau!

WTB. London, 24. Juli. Reuter. Unterhaus. Bei Einbringung des Marine-Etats im Betrage von 60 Millionen Pfund Sterling sagte Walter Lord: Die gegenwärtige Stärke des Marinepersonals sei 180 000 Mann gegen 407 000 zurzeit des Waffenstillstandes. 81 Kriegsschiffe und 110 Hilfsschiffe seien jetzt im Bau gegen 302 Kriegs- und 806 Hilfsschiffe damals.

Beendigung des britischen Bergarbeiterstreiks?

WTB. Amsterdam, 25. Juli. „Telegraaf" meldet aus London: Es besteht Grund zur Annahme, daß der Bergarbeiterstreik vor Ende dieser Woche beendet sein wird. Die gestrige Konferenz beim Premierminister hat gute Dienste geleistet. Die Regierung kommt den Bergarbeitern möglichst entgegen, indem sie vorschlägt, daß die Arbeiter bei einer um höchstens 10 Prozent geringeren Leistung und siebenstündiger Arbeit nicht weniger verdienen sollen, als bei achtstündiger Arbeitszeit. Dies entspricht grundsätzlich dem Beschluß der Leiter der Bergarbeiter-Organisationen. Der Verband hat noch später beraten. Sein Beschluß ist noch nicht bekannt, doch werden die Bergarbeiter in Yorkshire das Angebot nicht annehmen. Der Streik dehnt sich nicht mehr aus.

600 Milliarden Mark Gesamtkriegskosten der Alliierten.

Wie eine Berliner Nachrichtenstelle wissen will, erwägt Waldeck einen Anschluß an Preußen, auch in Anhalt sei Stimmung für einen solchen Anschluß vorhanden. Nicht unwahrscheinlich sei ferner eine spätere Vereinigung der beiden Lippestaaten mit Preußen.

Französisch-belgisches Bündnis.

Zwischen Marschall Foch und belgischen Generälen haben Besprechungen über ein festes militärisches und wirtschaftliches Schutz- und Trutz-Bündnis zwischen Frankreich und Belgien stattgefunden. Dieses Bündnis will für allezeit die Wacht am Rhein sicherstellen.

In Kürze wird der französisch-belgische Bündnisvertrag endgültig festgelegt werden.

Frankreich — rüstet!

Die französische Regierung erteilte den Fabriken für Kriegsbedarf neue Aufträge zur Lieferung von Panzerwagen, Kanonen und Flugzeugen im Werte von mehreren hundert Millionen Franken.

Die Ansicht Marschall Fochs, daß man stets mit der Möglichkeit des Ausbruchs eines neuen Krieges rechnen müsse, sei hierfür ausschlaggebend gewesen. Die französische Regierung besteht darauf, für die nächsten Jahre ein starkes schlagfertiges Heer bereitzuhalten.

Die Heimat des Militarismus bleibt also: Frankreich!

Deutsches Reich.

Die Riesendividende der Kriegsleder-Aktiengesellschaft.

Der demokratische Abg. Schneider-Sachsen hat an die Reichsregierung folgende kleine Anfrage gerichtet: In der Zeitung „Der Holzmarkt" Nr. 122 vom 5. Juli und in Flugblättern wird behauptet, daß die Kriegsleder-Aktiengesellschaft auf jeden Geschäftsanteil von 5000 M. einen Reingewinn von 132 000 Mk. für das Jahr 1918 ausgezahlt habe. Das entspricht einer Dividende von 2600 Prozent. Entsprechen diese Angaben der Wahrheit? Ist die Reichsregierung bereit, die Kriegsleder-Aktiengesellschaft zu veranlassen, unverzüglich öffentlich Rechnung abzulegen?

Neue Vorschriften für das Eiserne Kreuz am schwarzen und weißen Bande.

Das Eiserne Kreuz wird bekanntlich neuerdings wieder verliehen. Nachdem dazu auch die Rote-Kreuz-Medaille und das Verdienstkreuz für Kriegshilfe gekommen sind, sind die Vorschriften für das Eiserne Kreuz entsprechend ergänzt worden. Das Eiserne wird nur dann verliehen, wenn der Kriegsverdienst durch das Verdienstkreuz oder die Kreuz-Medaille eine ausreichende Belohnung nicht gefunden hat oder findet. Es wird nur an deutsche Heeresangehörige und an Ausländer gegeben, die dem deutschen Heere angehört haben oder noch angehören. Als Heeresangehörige gelten auch Zivilpersonen, die im Vertragsverhältnis zum Heere standen. Das Eiserne Kreuz 2. Klasse wird für Kriegsverdienst in der Heimat am schwarzen Bande für besonderes militärisches Verdienst, sonst auch wieder am weißen Bande verliehen. Der Heimat gleichgeachtet wird das neutrale Ausland. Für Verdienst in Kriegszonen in der Heimat wird das Eiserne allgemein am schwarzen Bande verliehen. Für das schwarze Band kommt in Betracht der reine Truppendienst, Förderung der Schlagfertigkeit der Armee, Aufstellung von Neuformationen, Ausbildung des Ersatzes usw., für das weiße die Verwaltung und eine ähnliche Betätigung. Nicht verliehen wird das Eiserne für Bekämpfung innerer Unruhen.

Ausland.

Vertrauensvotum für Clemenceau.

WTB. Paris, 24. Juli. Die Debatte über die Finanzpolitik der Regierung wurde beendet. Der Regierung wurde mit 304 gegen 134 Stimmen das Vertrauen ausgesprochen

Aus der demokratischen Bewegung.

Demokratie und Kirche.

Demokraten, die an den kirchlichen Aufgaben Anteil nehmen und mitarbeiten wollen, hatten während des Parteitages eine Besprechung. Es herrschte in diesem Kreise Uebereinstimmung darüber, daß die Partei den Kulturaufgaben gegenüber, die die Kirche zu leisten hat, sich nicht begnügen dürfe mit der Forderung der Trennung von Staat und Kirche, sondern daß sie auch für eine bejahende, mitschaffende Stellung eintreten solle. Ueber das künftige Verhältnis der Kirche zum Staat, über die neue Verfassung der Kirche und über die zukünftige Gestaltung des Religionsunterrichts fand ein lebhafter Meinungsaustausch statt. Mitglieder der demokratischen Partei, die die Behandlung dieser Fragen fördern wollen, werden gebeten, sich an Pfarrer Geibel, Apollensdorf bei Wittenberg, zu wenden

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19190725031/fragment/page=0002